

8. Februar 2017

## Postulat

von Dr. Daniel Regli (SVP)  
und Martin Götzl (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle Eltern und Erziehungsberechtigten, deren Kinder öffentliche Schulen in Zürich besuchen, möglichst schnell und umfassend über die von der Präsidentinnen- und Präsidenten-Konferenz (PK) neu definierte, generelle Abmeldemöglichkeit für gebundene Mittagsverpflegung in Zürcher Tagesschulen informiert werden können. Im Umfeld aller fünf Schulen, die in die Tagesschul-Pilotphase 1 integriert sind, soll die Information sofort erfolgen; im Umfeld der Schulen, welche für die Pilotphasen 2 und 3 vorgesehen sind, vor den Frühlingsferien 2017. Alle anderen Eltern und Erziehungsberechtigten sollen bis Ende 2017 Kenntnis erhalten über die Änderung. Zusätzlich wird der Stadtrat aufgefordert, dem Gemeinderat bis Ende 2017 einen Bericht vorzulegen, der die strukturellen und finanziellen Anpassungen benennt, die sich durch die Annullation der gebundenen Mittagessen ergeben.

Des Weiteren wird der Stadtrat aufgefordert, im Rahmen der PK Einfluss auf die Schulpräsidien zu nehmen, damit Kinder, die auf Grund des Pilotprojekts «Tagesschule» aus ihrem Freundeskreis herausgerissen und in andere Schulen umgeteilt wurden, wieder in ihre frühere Klassen zurückkehren dürfen.

## Begründung

Ein unrühmliches Kapitel der Zürcher Schulpolitik hat ein überraschend schnelles Ende gefunden. Gemäss einem Schreiben des Präsidenten der Kreisschulpflege Uto vom Januar 2017 hat „die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz der Stadt Zürich (...) für die Weiterentwicklung der Tagesschule 2025 beschlossen, dass zukünftig eine generelle Abmeldemöglichkeit für die gebundenen Mittagessen besteht“. Kinder, welche von der gebundenen Mittagsverpflegung abgemeldet werden, dürfen somit nicht mehr aus ihrem schulischen Umfeld herausgelöst und in eine andere Schule versetzt werden.

Mit dem Postulat GR Nr. 2015/310 hatte die SVP-Fraktion schon vor dem Start der Pilotphase 1 versucht, solche voraussehbaren Härtefälle zu verhindern. Der Stadtrat hat das Postulat damals zwar entgegengenommen, bei der Umsetzung von Pilotphase 1 wurden jedoch genau jene sozialen Brüche verursacht, welche die SVP den Kindern und Familien gerne erspart hätte. Kinder, die von der Tagesschule abgemeldet wurden, weil die Eltern auch weiterhin das gemeinsame Mittagessen mit ihnen einnehmen wollen, wurden in andere Schulen umgeteilt. Das Bedürfnis des Kindes, auch weiterhin mit seinen «Gspändli» im selben Schulhaus zur Schule zu gehen, wurde unbeachtet gelassen. Die Schülerinnen und Schüler wurden kaltherzig aus ihrem Freundeskreis herausgerissen und in andere Schulen geschickt.

Auch für die Pilotphasen 2 und 3 wird jetzt schon ideologischer Druck aufgebaut. Betroffene Eltern berichten von Pressuren, ihre Kinder in Phase 2 auf keinen Fall von der gebundenen Tagesschule abzumelden. «Renitente» Eltern bekommen schon mal zu hören, dann sollen sie doch lieber aus dem Quartier wegziehen, statt sich gegen die Tagesschule zu stellen.

Der Stadtrat hat in seiner Weisung «Pilotprojekt gebundene Tagesschule 2015-2018» (GR Nr. 2014/259) selber zu erkennen gegeben, dass Kinder gemäss kantonalem Gesetz nicht gezwungen werden können, am «Pilotprojekt gebundene Tagesschule» teilzunehmen. Dass in der Praxis trotzdem ein solches Mass an Nötigung aufgebaut wurde, dass Schulamt und PK nun zurückkriechen müssen, zeigt den hohen Grad an familienfeindlicher Ideologisierung bei den Leitungsverantwortlichen des Projekts «Flächendeckende Tagesschulen 2025».

 